



Stellungnahme des IG Metall Bezirks Küste im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes und anderer Vorschriften (Drucksache 19/20429) sowie Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Ausbau der Offshore-Windenergie zuverlässig, naturverträglich und kostengünstig absichern) am Mittwoch, 9.9.2020

04.09.2020

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:
HM

Die IG Metall Küste sieht in der Windbranche eine Schlüsseltechnologie für eine nachhaltige und zukunftsichere Energieversorgung. Wir begrüßen daher die Anhebung des Ausbauziels für Windenergie auf See von 15 auf 20 Gigawatt bis 2030 sowie auf 40 Gigawatt bis zum Jahr 2040. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Nur so lässt sich das Ziel von 65 Prozent Strom aus erneuerbaren Quellen bis 2030 erreichen. Das Anheben des Offshore-Deckels entspricht langjährigen Forderungen aus der Branche und den norddeutschen Bundesländern, die u.a. in den Cuxhavener Appellen von der IG Metall unterstützt worden sind. Für uns geht es dabei insbesondere um die industriepolitische Perspektive, also die Sicherung und den Aufbau von Beschäftigung und Wertschöpfung in Deutschland.

**IG Metall
Bezirk Küste**

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg

Ansprechpartner:
Heiko Messerschmidt

Telefon: 040 280090 -43
Fax: 040 280090 -55

Heiko.Messerschmidt@igmetall.de

www.igmetall-kueste.de

Es ist weiterhin von einem hohen, durch die Sektorenkoppelung wie etwa den Ausbau der Elektromobilität oder die Herstellung von grünem Wasserstoff vermutlich künftig noch höheren Stromverbrauch auszugehen. Mit dem Abschalten der Atom- und Kohlekraftwerke gilt es diesen, zunehmend aus erneuerbaren Energien zu decken. Ein Industrieland wie Deutschland ist weiterhin auf eine ausreichende und sichere Stromversorgung angewiesen.

Wegen ihrer Grundlastfähigkeit halten wir die Offshore-Windenergie daher für unverzichtbar.

Ausbau von Netzen und Infrastruktur

Für den weiteren Ausbau der Windenergie auf See müssen auch die Netze und Stromanschlüsse angepasst sowie die Netzauslastung durch innovative Verfahren verbessert werden. Wir begrüßen daher die Vereinbarung der Küstenländer, des Bundes sowie der Netzbetreiber 50Hertz, Amprion und Tennet, mit der die Grundlage gelegt wird, um bis zum Jahr 2030 die Kapazität der Stromerzeugung auf See von derzeit 15 GW auf 20 GW zu erweitern. Die konkreten Meilensteine und Zeitpläne müssen umgesetzt werden, damit die erforderlichen Planungs- und Genehmigungsschritte sowie der Bau der Anbindungsleitungen und der Offshore-Windparks Hand in Hand gehen. Bei großen Infrastrukturprojekten wie Umspannplattformen hoffen wir auf die Umsetzung durch deutsche Unternehmen, etwa aus der durch die Corona-Krise schwer getroffenen Schiffbauindustrie. Die Behörden sind in der Verantwortung für Ausschreibung und Planungsrecht sowie für die Schaffung der weiteren Infrastruktur (Netze + Netzanschlüsse). Deshalb ist es richtig, weitere Stellen in den zuständigen Ämtern zu schaffen. Ob diese wie vorgesehen ausreichend sind, können wir nicht beurteilen.

Die Diskussion um die Einführung von Festpreisvergütungen in Form von Differenzverträgen, wie sie von Teilen der Branche gefordert werden und auch in einem Beschluss des Bundesrates unterstrichen worden sind, wird kontrovers geführt. Die Befürchtungen einiger Branchenvertreter, dass das vorgeschlagene Verfahren, zu erhöhten Ausfallquoten und Insolvenzen führen könnte, sollte zumindest zu einer intensiven Prüfung der Finanzierungsinstrumente führen. Aus klimapolitischer und industriepolitischer Sicht darf es auf keinen Fall zu weiteren Verzögerungen beim Ausbau kommen. Ggf. muss das Finanzierungsthema im Rahmen der Novelle ausgeklammert und später entschieden werden. Damit wäre dann zumindest die Erhöhung des Offshore-Ziels gesichert und der langfristige Rahmen für die Branche gesetzlich geregelt.

Qualitative Kriterien wie Tariflöhne bei Ausschreibungen

Die ausschließliche Fixierung auf die Preise bei den Ausschreibungen sehen wir generell kritisch. Trotz der stark gesunkenen Preise für Strom auf See, die durch Ausschreibungsrunden zu 0 Cent dokumentiert werden, dürfen Qualität und Sicherheit beim Bau und Betrieb der Anlagen nicht auf der Strecke bleiben. So muss

beispielsweise auch bei der Notfallversorgung für die Windanlagen auf See der gleiche Standard wie sonst im öffentlichen Raum gelten. Bei Sicherheitsanforderungen muss es zunächst um die Qualität und erst dann um den Preis gehen. Der Kostendruck ist in der gesamten Branche erheblich und wirkt sich teilweise negativ auf die Arbeitsbedingungen aus. Tarflöhne und Mitbestimmung müssen in den Unternehmen zum Standard werden. Die IG Metall fordert deshalb Tarflöhne als qualitative Kriterien bei Ausschreibungen miteinzubeziehen. In der aktuellen Branchenbefragung wird dieses Anliegen von fast 90 Prozent unserer Betriebsräte unterstützt. Der extreme Preisdruck durch die Ausschreibungen fördert einen Verdrängungswettbewerb zu Gunsten von kapitalstarken Anbietern und wird den unterschiedlichen Flächen für die Windanlagen auf See nicht gerecht, die sich wirtschaftlich nicht zu jedem Preis umsetzen lassen. Ein weiteres Kriterium für Ausschreibungen sollte der Anteil an der regionalen Wertschöpfung sein: Unternehmen, die mit guten, tariflich geregelten Arbeitsbedingungen Windanlagen in Deutschland herstellen, aufbauen oder betreiben, sollten bei der Vergabe Vorrang haben.

Beschäftigungsimpuls durch neue Ausbauziele

Die Einschätzung zur künftigen Marktentwicklung der Windbranche in Deutschland ist bei den von der IG Metall befragten Betriebsräten weiterhin negativ – allerdings für Offshore deutlich weniger pessimistisch als bei Onshore. So wird auch die Aufhebung des Offshore-Deckels von fast 70 Prozent der Befragten als ein positives Signal gesehen. Die letzten, offizielle Zahlen zur Beschäftigung stammen aus Studien im Auftrag der Bundesregierung aus 2017: Zum Jahresende waren nur noch 135.100 Menschen in der Windenergie beschäftigt (112.100 Onshore und 23.000 Offshore). Innerhalb eines Jahres gab es einen Rückgang von 25.000. Nach unseren Schätzungen sind seitdem weitere 10.000 bis 15.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Weitere Entlassungen und Standortschließungen in der Windbranche (z.B. Enercon) sind angekündigt. Auch im Offshore-Bereich rechnen wir durch die Ausbaulücken für die nächsten Jahre mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung. Die neuen Ausbaupläne werden sich erst mittelfristig auswirken und den Unternehmen dann hoffentlich eine stabile Perspektive für Investitionen und die Sicherung von Beschäftigung geben. Nach einer Schätzung von Windresearch (Studie: Wertschöpfung der Offshore-Windenergie in Deutschland, 2019) kann die Zahl der Arbeitsplätze durch die neu geschaffenen Rahmenbedingungen von 24.500 um knapp 10.000 steigen. Ohne diesen Schritt wären die Beschäftigtenzahlen nach der Studie auf ca. 16.000 in 2035 gesunken.

Nach unserer Einschätzung ist der stärkere Ausbau der Windenergie auf See ein wichtiger Schritt zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in der Windbranche in Deutschland insgesamt – nicht nur an der Küste, sondern auch in Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen, wo wichtige Betreiber, Entwickler oder Komponentenhersteller ihren Sitz haben. Ein starker Heimatmarkt hilft auch, um sich dem europäischen und internationalen Wettbewerb mit innovativen Produkten und Dienstleistungen zu stellen. Durch die Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre, vor allem das Fehlen einer langfristigen Perspektive für die Branche mit verlässlichen Rahmenbedingungen und einem Kahlschlag in einzelnen Unternehmen ist bereits viel an Substanz verloren gegangen. Ob es angesichts von Verlagerungen ins Ausland gelingt, die Windbranche über ihre gesamte Wertschöpfungskette in Deutschland zu erhalten, muss inzwischen bezweifelt werden. Die Unternehmen sind auch aufgerufen, ihre Ausbildungsaktivitäten zu verstärken. Es ist nicht hinnehmbar, dass nach Angaben der Betriebsräte in jedem dritten Betrieb Ausbildungsplätze abgebaut werden sollen.

Die Windindustrie ist von den Auswirkungen der Corona-Pandemie weniger stark betroffen als andere Branchen. Die Produktion in den Werken sowie Bau und Wartung der Anlagen auf See ging unter Einhaltung der Hygiene-Regeln mit wenigen Einschränkungen weiter. Die Beschäftigten und Unternehmen der Branche haben damit auch einen Beitrag zum Erhalt der Versorgungssicherheit geleistet, aber auch zur Wirtschaftsleistung in Deutschland beigetragen. Wir verstehen den Ausbau der Offshore-Windenergie deshalb auch als einen Teil des Investitionsschubs für die Gesamtwirtschaft, der dann aber auch auf dem Heimatmarkt ankommen muss.

Die Erhöhung der Ausbauziele auf See sowie der Kompromiss zu den Abstandsregeln für Windanlagen an Land sind Signale für eine stärkere Unterstützung der Windbranche und ihrer Beschäftigten, auf die wir viel zu lange gewartet haben. Von der Aufhebung des PV-Deckels erhoffen wir uns ebenfalls eine positive Wirkung für die Solarindustrie.

Heiko Messerschmidt, Bezirkssekretär IG Metall Küste